

Welterbe: Gemeinsam statt einsam

Gemeinderat stimmt für Weg mit europäischen Bäderstädten / Freie Wähler scheitern mit Vertagungsantrag

Von Patrick Fritsch

Baden-Baden – Gemeinsam mit europäischen Bäderstädten zum Ziel: Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat gestern Abend für einen weiteren Schritt auf dem Weg zum möglichen Welterbe-Status gestimmt.

Zuvor war die Fraktion der Freien Wähler (FW) mit einem Antrag gescheitert, die Entscheidung zu vertagen. Fraktionschef Hans-Peter Ehinger

verwies auf die vergebliche Bewerbung von Schwetzingen: „Dort wurde viel Geld verloren.“ Auch die FW-Mitglieder sähen es kritisch: „Für Hausmeister an Schulen gibt es kein Geld, wohl aber fürs Welterbe, ohne zu sehen, wo die Vor- und Nachteile sind.“ Die FW bräuchten noch Zeit.

„Wir haben diese Zeit nicht mehr“, entgegnete OB Wolfgang Gerstner. Im Frühjahr stehe die nächste Sitzung mit den beteiligten Städten an. „Und bis dahin brauche ich ei-

nen Beschluss des Ministerrats.“ Wie berichtet, wird Baden-Baden nun einen Antrag an die Landesregierung stellen, um auf die deutsche Vorauswahlliste zu kommen. Gerstner hat unterdessen gestern erneut deutlich gemacht, dass es für den Welterbe-Status nur durch einen „internationalen Weg“ eine Chance gebe. Die Bewerbung laufe unter Federführung der tschechischen Republik. Das böhmische Bäderdreieck (Karlsbad, Franzensbad, Marienbad) steht schon auf der

tschechischen Vorschlagsliste. Gemeinsam mit Luhakovice (Tschechien), Spa (Belgien), Vichy (Frankreich), Montecatini (Italien) und wahrscheinlich Wiesbaden soll die Bewerbung unter dem Titel „Europäische Kurstädte und Modebäder des 19. Jahrhunderts“ eingereicht werden (wir berichteten). Jetzt hat der Gemeinderat weitere 50 000 Euro bewilligt.

CDU-Fraktionschef Armin Schöpflin plädierte dafür, den Weg fortzusetzen: „Wir haben mit den anderen Städten Al-

leinstellungsmerkmale.“ Michael Bauer (FDP) sicherte dem OB „alle Unterstützung“ zu.

Kurt Hochstuhl (SPD) verwies darauf, dass „alle Raumschaften“ auf dem Weg zum Welterbe ökonomisch profitiert hätten: „Die Gelder, die wir aufbringen, sind gute Investitionen.“ Weil das Vorhaben länderübergreifend angelegt sei, handle es sich um ein „gutes Projekt“, sagte Beate Böhlen, Vorsitzende der Fraktion der Bündnisgrünen.